



## **Stellungnahme von Caritas Schweiz zur Ernährungskrise** **Das Recht auf Nahrung muss gestärkt werden**

**Der Süden hungert. Innerhalb der letzten drei Jahre haben sich die Preise für Reis, Mais oder Weizen mehr als verdoppelt. Für unzählige Menschen in Asien, Afrika und Lateinamerika ist das Essen unerschwinglich geworden. Die Gründe sind vielfältig: Gesteigerte Nachfrage, der Agrotreibstoff-Boom, verfehlte Entwicklungsstrategien und Spekulationen an der Börse. Aus Sicht der Caritas Schweiz ist es dringend nötig, die Agrarwirtschaft weltweit nachhaltig auszugestalten und das Recht auf Nahrung zu stärken.**

Szenen im Frühsommer 2008: Tausende protestieren in Haitis Hauptstadt Port-au-Prince auf der Strasse gegen die Verteuerung von Reis, Mais, Zucker und Bohnen. In Ägypten rufen Hausfrauen, Beamte und Arbeiter per SMS zu einem Protestmarsch gegen Preiserhöhungen für Brot, Getreide und Speiseöl auf. Wütende Menschen auf den Philippinen, wo die Regierung ihre knappen Reisvorräte von Soldaten bewachen lässt, schwenken Schilder mit der Aufschrift: «Wir wollen den halben Preis, nicht den halben Reis».

Was bis vor kurzem die Weltöffentlichkeit kaum bewegte, ist heute Gegenstand globaler Sorge. Die Nahrungsmittelkrise ist längst eine Hungerkrise. Täglich sterben bis zu 100 000 Menschen an Hunger oder seinen Folgen. Weltweit leiden weit über 850 Millionen Menschen chronisch an Hunger. Speziell betroffen sind Kinder: Jahr für Jahr sterben 6 Millionen Kinder an chronischer Mangelernährung.

### **Genügend Nahrungsmittel – zu wenig zu essen**

Dabei werden mehr Nahrungsmittel produziert denn je. 2007 wurden laut der Welternährungsorganisation FAO über 2,1 Milliarden Tonnen Getreide geerntet, dieses Jahr werden es 2,2 Milliarden sein. Damit liesse sich der weltweite Bedarf an Getreide als Nahrungsmittel decken. Gemäss Experten könnte die Erde sogar durchaus doppelt so viele Menschen ernähren, wie heute auf ihr leben. Doch über die Hälfte des Getreides wird anderweitig verwendet – für Tierfutter oder Agrotreibstoffe. So fehlt es an allen Ecken und Enden an erschwinglichen Nahrungsmitteln: 1,4 Milliarden Menschen leben in extremer Armut und müssen mit weniger als 1,25 US-Dollar pro Tag auskommen. Sie wenden bis zu 80 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Lebensmittel auf. Der dramatische Anstieg der Nahrungsmittelpreise bedroht unzählige Menschen in ihrer Existenz.

Die Verteuerung der Lebensmittelpreise ist massiv: Die FAO rechnet vor, dass der Weltmarktpreis-Index von Getreide von 2000 (Index: 100) bis 2007 auf 170 stieg und in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres auf 271 explodierte, was im Vergleich zur Vorjahresperiode einen Anstieg um 83 Prozent bedeutet. In Ländern mit humanitären Krisen (Konflikte, Naturkatastrophen, Dürren, Überschwemmungen, Ernteaufälle) bedeutet dies für die arme Bevölkerung, dass Grundnahrungsmittel auf den lokalen Märkten unerschwinglich geworden sind. Die FAO benennt 34 Staaten in Afrika, Asien und Lateinamerika in einer kritischen Situation mit dringendem Bedarf nach Hilfe von aussen. Doch auch für das UN-Welternährungsprogramm ist Getreide zu teuer,

wie sein Sprecher in Asien, Paul Risley, feststellte: «Wir können nicht mehr genug Reis kaufen, um die Ärmsten zu unterstützen».

### **Gestiegene Nachfrage und Agrotreibstoffe**

Die Ursachen für den dramatischen Anstieg der Lebensmittelpreise sind vielfältig. Sie reichen von veränderten Essgewohnheiten über Spekulationen, dem zerstörerischen Boom der Agrotreibstoffe bis hin zur jahrzehntelangen Vernachlässigung der Agrarwirtschaft im Süden. Die erhöhte Nachfrage nach Nahrungsmitteln steht in Verbindung mit dem steigenden Wohlstand und den veränderten Konsumgewohnheiten grosser Volkswirtschaften wie China und Indien. Immer mehr Konsumentinnen und Konsumenten in Schwellenländern leisten sich Fleisch und Milchprodukte. Mittlerweile wird gut ein Drittel der weltweiten Getreideernte für die Fütterung von Nutztieren verbraucht. Dabei wird aber nur etwa 10 Prozent des verfütterten Getreides in Fleischmasse umgewandelt, die restlichen 90 Prozent sind für die menschliche Ernährung verloren.

Was nicht zu Futtermittel verarbeitet wird, dient der Herstellung von Agrotreibstoffen aus industriell angebauten Pflanzen, zum Beispiel Ethanol aus Zuckerrohr, Zuckerrüben, Mais und Weizen oder Diesel aus Raps, Soja, Palmöl und Jatropa. Von vielen Seiten als Wundermittel zur Bekämpfung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses und damit des Klimawandels angepriesen und massiv gefördert, erleben sie einen eigentlichen Boom. Der ursächliche Zusammenhang – Agrotreibstoffe hier, Hunger im armen Süden dort – ist kaum bestritten. Da der Ölpreis stark gestiegen ist, wird der Anbau

### **Wegen der gestiegenen Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten und wegen der Agrotreibstoffproduktion gelangt nur etwa die Hälfte des weltweit produzierten Getreides auf die Teller.**

erneuerbarer Energieträger in Monokulturen für internationale Unternehmen immer lohnender. Die Folgen sind verheerend: Ökologisch wertvolle Flächen und Primärwälder werden gerodet, was zur Freisetzung von zuvor gebundenem Kohlendioxid führt. Zahllose Kleinbauern werden von ihrem Land vertrieben und müssen ihrerseits Regenwaldgebiete für ihre Felder roden oder in städtische Armutsviertel abwandern.

Wegen der gestiegenen Nachfrage nach Fleisch- und Milchprodukten und wegen der Agrotreibstoffproduktion gelangt nur etwa die Hälfte des weltweit produzierten Getreides auf die Teller, welche dann je nach Einkommen überfüllt sind oder leer bleiben. Für knapp eine Milliarde Menschen bedeutet dies chronischen Hunger.

### **Verfehlte Entwicklungsstrategien**

Hinter der Ernährungskrise stehen auch die Entwicklungsstrategien von Weltbank und IWF, die als Gegenleistung für Kredite und Schuldenabbau bis in die jüngste Vergangenheit hinein zur Weltmarktintegration und Strukturanpassung zwangen und so die Ernährungssouveränität zahlreicher Länder schrittweise untergaben haben. Investiert wurde in die industrielle Exportwirtschaft, beispielsweise von Baumwolle oder anderen Rohstoffen, neu auch in die Agrotreibstoff-Industrie.

Unterlegt wurde diese Strategie von der langjährigen Fehleinschätzung der internationalen Staatengemeinschaft, die weltweite Überproduktion von Nahrungsmitteln werde anhalten und die Bekämpfung des Hungers sei lediglich eine logistische Aufgabe. Folglich wurden die Investitionen in die ländliche Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten laufend reduziert. Während 75 Prozent der Armen der Welt in ländlichen Gegenden leben, fliessen gerade einmal 4 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe in die Landwirtschaft von Entwicklungsländern. In Subsahara-Afrika, dessen Gesamtwachstum in hohem Masse von der Landwirtschaft abhängt, haben die öffentlichen Ausgaben dafür ebenfalls nur einen Anteil von 4 Prozent an den gesamten Staatsausgaben. Die FAO schätzt, dass die Hilfe für den Agrarbereich im Laufe der 90er Jahre um die Hälfte gekürzt wurde. Es besteht kein ernsthafter Zweifel, dass die aktuelle Nahrungsmittelkrise auch etwas mit diesen Kürzungen zu tun hat. Die Regierungen in vielen Ländern haben die einheimische Landwirtschaft vernachlässigt. Die ärmsten Länder müssen bis zur Hälfte ihres Nahrungsmittelbedarfs mit Importen decken.

In ihrem Weltentwicklungsbericht 2008 «Agrarwirtschaft für Entwicklung» hält die Weltbank fest, dass die Landwirtschaft Wege aus der Armut aufzeigen könne, und will vermehrt in diesen Bereich investieren. Sie will dies mit gängigen weltmarktorientierten Rezepten tun. In den Entwicklungsländern sind dies Produktivitätserhöhung bei der Herstellung von Grundnahrungsmitteln und Zugang der Kleinbauern zu den wachstums- und umsatzstarken Märkten für Gartenbau-, Geflügelzucht-, Aquakultur- und Molkereierzeugnisse, auf globaler Ebene der Abbau marktverzerrender Subventionen und das Öffnen der Märkte.

Wichtig ist die Forderung der Weltbank nach grösserem Mitspracherecht zivilgesellschaftlicher Organisationen, insbesondere der Bauernverbände, bei der Festlegung und Ausgestaltung der Agenda für die Landwirtschaft. Über Jahrzehnte hinweg förderten Regierungen des Südens primär die urbanen Zentren zulasten der ländlichen Gebiete, auch um sich die politische Unterstützung der städtischen Eliten zu sichern. Der industrielle Sektor ist durch Protektionismus und Subventionen zu einem Schwerpunktbereich geworden, in den der überwiegende Teil der Investitionsressourcen

fließt, oftmals gegenfinanziert durch hohe Besteuerung der Agrarproduktion. Unter diesen Umständen können bäuerliche Haushalte auf den lokalen Märkten mit ihren Waren nicht gegen billig importierte Nahrungsmittel konkurrieren. Die kleinräumige Agrarwirtschaft ist vielerorts zusammengebrochen oder hat massiv an Produktivität verloren, zumal dringend notwendige Landreformen vernachlässigt wurden.

### **Spekulationen**

Ein Blick auf die sprunghafte Entwicklung der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel verdeutlicht, dass neben den langfristig wirkenden Ursachen auch Spekulationsgeschäfte eine Rolle spielen. Sonst liessen sich die kurzfristigen Preisschwankungen und der Einbruch der Preise an den Rohstoffbörsen bei zentralen Produkten wie Reis, Mais, Weizen oder Sojabohnen im Sommer 2008 (in Monatsfrist um 20 Prozent und mehr) kaum erklären. Dies nimmt aber nicht weg, dass sich die Preise dieser Produkte seit Mitte 2006 verdoppelt bis verdreifacht haben. Nach Einschätzung des Wirtschaftsethikers Peter Ulrich machen im Übrigen auch Pensionskassen nicht vor Anlagen in Agrarrohstofffonds halt.

Spekulation mit Nahrungsmitteln bedeutet konkret, dass Handelsunternehmen die Produktion aufkaufen, dann zurückhalten und so eine künstliche Verknappung bewirken, was wiederum zu einer Erhöhung der Preise führt. Dieses profitorientierte Gebaren nimmt den Tod von Millionen Menschen in Kauf. Gefordert sind daher verbindliche Verhaltenskodizes zur Verhinderung solch menschenverachtender Geschäfte.

### **Wege aus der Krise**

Was tun? Kurzfristig will die internationale Gemeinschaft mehr Geld für die Nahrungsmittelhilfe bereitstellen, reichen doch die bisherigen Mittel wegen des Preisanstiegs nicht mehr aus, beispielsweise für die langjährige Versorgung von 140 000 burmesischen Flüchtlingen im thailändisch-burmesischen Grenzgebiet durch Caritas Schweiz, andere Hilfswerke und die internationale Staatengemeinschaft. In einer ähnlichen Situation befinden sich heute nach Schätzungen des Welternährungsprogramms mehr als zwei Millionen Menschen in Darfur, im Irak und anderswo.

Solche humanitären Hilfsaktionen sind notwendig. Sie stellen jedoch längerfristig keine Lösung dar. Um die Ernährungssituation zu verbessern, muss der Fokus der weltweiten Entwicklungsbemühungen vermehrt auf die kleinbäuerliche, nachhaltig ausgerichtete Landwirtschaft gelegt werden. Grundvoraussetzungen dafür sind ein gesicherter Zugang zu fruchtbarem Land und sauberem Wasser, mehr Bildungschancen, angepasste Technologien für die Bewirtschaftung des Landes, günstige Kredite und verstärkte Anstrengungen zur lokalen und regionalen Produkte-Vermarktung. Um diese Investitionen zu finanzieren, braucht es – neben des

genannten Perspektivenwechsels insbesondere der grossen internationalen Entwicklungsagenturen – auch eine Anhebung des Entwicklungshilfebudgets. Die internationale Forderung nach 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe, wie sie auch die Schweizer Entwicklungsorganisationen in ihrer Petition an Regierung und Parlament vom Juni 2008 mit über 200 000 Unterschriften stellen, erhält vor dem Hintergrund der Nahrungsmittelkrise neues Gewicht.

Dass der Fokus auf Nachhaltigkeit liegen muss, davon zeigt sich auch der Weltagrarrat in seinem aktuellen Bericht überzeugt, wenn er fordert, wieder vermehrt auf Kleinproduzentinnen und Kleinproduzenten zu fokussieren, ihre Fä-

**Um die Ernährungssituation zu verbessern, muss der Fokus der weltweiten Entwicklungsbemühungen vermehrt auf die kleinbäuerliche, nachhaltig ausgerichtete Landwirtschaft gelegt werden.**

higkeiten und ihr Wissen zu stärken, ihnen den Zugang zum Markt zu ermöglichen und ihre Produktionsweise im Kleinen gegenüber der intensiven Massenproduktion landwirtschaftlicher Güter zu fördern. Es brauche eine Produktion ohne Auslaugung der Böden, Verschmutzung und Verschleiss des Wassers und Abholzung der Wälder. Nur so könne die Nahrungsmittelkrise im Süden langfristig überwunden und die Ernährung der Weltbevölkerung gesichert werden.

### **Förderung des Fairen Handels**

Konkret muss dies beispielsweise auch bedeuten, den Fairen Handel stärker zu fördern. Denn ob es um die Bewältigung der Nahrungsmittelkrise geht, um Antworten auf die Folgen des Klimawandels, um einen verantwortungsvollen Umgang mit den verfügbaren Ressourcen, um mehr Gerechtigkeit und Gestaltungsmacht für die armen Menschen im Süden oder um die weltweite Aufforderung an Wirtschaftsunternehmen, ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht zu werden – immer kann der Faire Handel als Vorbild zitiert werden. Produzieren und Handeln nach seinen Regeln ist ein erfolgreicher Weg, das lokale, regionale und globale Wirtschaften in nachhaltige Bahnen zu lenken und Entwicklungsimpulse auszulösen.

Es braucht aber vor allem auch fairere weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Das gegenwärtige, WTO-bestimmte Welthandelssystem ist alles andere als entwicklungsfördernd. Die Liberalisierung der Märkte hat die Arbeits- und Lebensbedingungen in den meisten armen Ländern erheblich verschlechtert. Während die reichen Länder im Norden ungehinderten Zugang zu den Märkten im Süden verlangen, schotten sie ihre eigenen Märkte hemmungslos ab, wenn es

um die Interessen ihrer Wirtschaft geht. Gleichzeitig unterstützen sie den Export ihrer landwirtschaftlichen Überschüsse mit Subventionen. Zum Vergleich: 2005 beliefen sich die verschiedenen Agrarsubventionen der OECD auf 280 Milliarden US-Dollar, ihre Entwicklungshilfe auf 100 Milliarden US-Dollar.

Dringend ist in einem ersten Schritt ein Moratorium für die Produktion und den Handel von Agrotreibstoffen aus industriell angebauten Pflanzen. Forschung und Politik gibt dies Gelegenheit, vertieft Fragen zu Entwicklung, Landwirtschaft, Energie, Klima und Umwelt abzuklären. Es geht um Anliegen wie die weltweite Verbesserung der Ernährungssouveränität, die Reduktion von Treibhausgasen ohne soziale und ökologische Konflikte, den Umstieg auf umwelt- und sozialverträgliche Energie, die Aufwertung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowie ein nachhaltiges Haushalten mit Boden, Wasser und der Biodiversität. Ausgenommen vom Moratorium bleiben Treibstoffe aus Holz, landwirtschaftlichen Abfällen und Altöl sowie lokale Produktionsformen.

Schliesslich werden wir auch nicht darum herum kommen, unseren eigenen Lebensstil in Frage zu stellen und dabei auch politische Anstrengungen hin zu mehr Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum im eigenen Land zu ergreifen.

Zum Welternährungstag vom 16. Oktober 2008

## **Caritas Schweiz fordert eine andere Entwicklungspolitik:**

- **Gezielte Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gemäss den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung.**
- **Erhöhung des Entwicklungshilfebudgets im Interesse der Ernährungssouveränität der Länder im Süden.**
- **Förderung des Fairen Handels als Beitrag für die Ernährungssouveränität benachteiligter Menschen im Süden.**
- **Einflussnahme auf die WTO zugunsten einer entwicklungsorientierten Welthandelsordnung im Interesse von Armutsbekämpfung und Umweltschutz.**
- **Ausarbeitung eines internationalen, verbindlichen Verhaltenskodex mit sozialen und ökologischen Kriterien für den Handel mit Nahrungsmitteln.**
- **Beschluss eines Moratoriums für Agrotreibstoffe.**

**Wir helfen Menschen.**

**Kontakt:** Geert van Dok, Leiter Fachstelle Entwicklungspolitik, Bereich Grundlagen  
Telefon direkt +41 41 419 23 95, E-Mail [gvandok@caritas.ch](mailto:gvandok@caritas.ch)

Löwenstrasse 3  
Postfach  
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22  
Telefax: +41 41 419 24 24  
E-Mail: [caritas@caritas.ch](mailto:caritas@caritas.ch)

Internet: [www.caritas.ch](http://www.caritas.ch)  
Postkonto: 60-7000-4

Zertifiziertes Managementsystem  
ISO 9001:2000  
Reg.-Nr. 14075-03

